

## **Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen**

### **1. Vertragsbestandteile**

- 1.1 Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) und die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C) in der aktuellen Fassung werden Bestandteile des Vertrags. Gleiches gilt für die Leistungsbeschreibung mit sämtlichen mitgeltenden Plänen, Zeichnungen und sonstigen Anlagen, die Besonderen Vertragsbedingungen, die Zusätzlichen Vertragsbedingungen sowie etwaige Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen in der durch § 1 Abs. 2 VOB/B festgelegten Reihenfolge.
- 1.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen oder Vertragsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, auch wenn sie dem Angebot beigelegt sind.

### **2. Pflichten des Auftragnehmers**

- 2.1 Der Auftragnehmer hat sich vor Angebotsabgabe über die örtlichen Gegebenheiten und Bedingungen ausreichend zu informieren. Die Örtlichkeiten können bei Bedarf nach Absprache mit dem Auftraggeber besichtigt werden. Der Auftragnehmer hat erschwerende Gegebenheiten bei seiner Angebotskalkulation zu berücksichtigen. Nachträgliche Erschwerungszuschläge werden nicht gewährt.
- 2.2 Der Auftragnehmer hat dafür einzustehen, dass sein Betrieb nach Art und Umfang auf die fachgerechte Ausführung der angebotenen Leistungen eingerichtet ist und alle betrieblichen Voraussetzungen für die fristgerechte Ausführung der angebotenen Leistungen bestehen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich gegen alle im Zusammenhang mit der Ausführung der Bauleistung auftretenden versicherbaren Risiken angemessen zu versichern. Er hat diesen Versicherungsschutz auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen.

### **3. Preisermittlung (§ 2 VOB/B)**

- 3.1 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.
- 3.2 Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder Abs. 8 Nr. 2 VOB/B Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für diese Preise einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise (Zeitanatz und alle Teilkostenansätze), spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- 3.3 Nrn. 1.1 und 1.2 gelten auch für Nachunternehmerleistungen.

### **4. Vergütung**

- 4.1 Die Angebotspreise sind Festpreise für die gesamte Ausführungszeit. Während der Bauzeit durch Lohn- und Preiserhöhungen eintretende Kostensteigerungen werden nicht vergütet.
- 4.2 Auf seinen Vergütungsanspruch muss sich der Auftragnehmer alle anteiligen Kosten anrechnen lassen, soweit er für die Durchführung seiner Arbeiten Materialien, Arbeitskräfte, Werkzeuge, Transportmittel oder sonstige Einrichtungen Dritter in Anspruch nimmt. Soweit er diese selbst beauftragt, hat er diese Kosten auch selbst zu vergüten.

### **5. Ausführung**

- 5.1 Vor Beginn der Ausführung hat der Auftragnehmer die erforderlichen Pläne, Detailzeichnungen und/oder Ausführungsanweisungen rechtzeitig vom Auftraggeber einzuholen.

- 5.2 Auf Verlangen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber vor Beginn der Ausführung Proben und Muster von Baustoffen oder Bauteilen kostenlos zu beschaffen oder auszuführen und an dem durch den Auftraggeber bestimmten Ort bereitzustellen.
- 5.3 Soweit aufgrund von Änderungsvorschlägen des Auftragnehmers von der ausgeschriebenen Art der Ausführung abgewichen wird, hat der Auftragnehmer die hierdurch notwendigen Zusatzleistungen, insbesondere im Bereich der Planung und Statik zu erbringen oder, soweit er sie nicht selbst erbringt, dem Auftraggeber die hierdurch entstehenden Mehrkosten zu erstatten.
- 5.4 Nach dem Stand der Technik vermeidbare Lärm-, Staub-, Geruchsbelästigungen oder sonstige Störungen des öffentlichen Verkehrs oder der Anlieger sind durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Die hierfür anfallenden Kosten trägt der Auftragnehmer.

## **6. Ausführungsunterlagen (§ 3 VOB/B)**

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

## **7. Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)**

- 7.1 Für die Ausführung der dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen gelten die im Bauzeitenplan bzw. in den Besonderen Vertragsbedingungen festgelegten Ausführungsfristen.
- 7.2 Auch etwaige im Bauzeitenplan festgelegte Einzelfristen (Zwischenfristen) stellen Vertragsfristen dar.
- 7.3 Soweit keine Ausführungsfristen bestimmt sind, erfolgt die Ausführung des Bauvorhabens oder einzelner Abschnitte nach Abruf.

## **8. Werbung (§ 4 Abs. 1 VOB/B)**

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

## **9. Umweltschutz (§ 4 Abs. 2 und 3 VOB/B)**

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken. Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

## **10. Holzprodukte (§ 4 Abs. 6 VOB/B)**

- 10.1 Holzprodukte als Bestandteil der Bauleistung müssen nach FSC/PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllen.
- 10.2 Der Nachweis ist vom Auftragnehmer bei der Anlieferung auf der Baustelle durch Vorlage eines Zertifikates von FSC oder PEFC oder eines Gleichwertigkeitsnachweises oder durch Einzelnachweis zu erbringen.
- 10.3 Der Nachweis der Gleichwertigkeit – d.h. Übereinstimmung des Zertifikates mit dem für das jeweilige Herkunftsland geltenden Standards von FSC oder PEFC – bzw. der Nachweis, dass die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt werden, ist durch eine Prüfung vom Johann Heinrich von Thünen-Institut in Hamburg oder dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Bonn zu erbringen.

## **11. Nachunternehmer (andere Unternehmen) (§ 4 Abs. 8 VOB/B)**

- 11.1 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.  
Der Auftragnehmer hat die Nachunternehmen bei Anforderung eines Angebotes in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- 11.2 Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Nachunternehmers dem Auftraggeber schriftlich bekannt zu geben. Mit der Meldung

eines Nachunternehmers ist dem Auftraggeber die Eigenerklärung des Nachunternehmers als nicht präqualifiziertes Unternehmen vorzulegen.

- 11.3 Sollen Leistungen, die Nachunternehmern übertragen worden sind, wieder weiter vergeben werden, ist dies dem Auftraggeber vom Auftragnehmer vor der beabsichtigten Übertragung schriftlich bekannt zu geben. Nr. 11.2 gilt entsprechend.

## **12. Ausführung der Leistung (§ 4 Abs. 10 VOB/B)**

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber rechtzeitig zu informieren, wenn durch die weitere Ausführung Teile der Leistung der Prüfung und Feststellung entzogen werden.

## **13. Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Abs. 4 VOB/B), Antikorruptionsklausel**

- 13.1 Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittrechte ist der Auftraggeber gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter
- a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die ein unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
  - b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
  - c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.
- 13.2 Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. Nr. 8.1 a vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn, ein Schaden in anderer Höhe wird nachgewiesen. Die gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.
- 13.3 Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Nummer 8.1 b oder 8.1 c ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 5 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet.
- 13.4 Die Ziffern 8.1 b und 8.3 finden keine Anwendung, soweit es sich um sozial adäquates Verhalten im Sinne von Nummer IV des „Rundschreibens des BMI zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken in der Bundesverwaltung vom 8. November 2004“<sup>1</sup> handelt.
- 13.5 Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

## **14. Mitteilung von Bauunfällen (§ 10 VOB/B)**

Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

## **15. Abnahme (§ 12 VOB/B)**

- 15.1 Umfasst der Auftrag mehrere Hauseinheiten oder sonstige selbständige Teilleistungen, so hat jeweils eine förmliche Teilabnahme dieser Leistung stattzufinden.
- 15.2 Der Auftragnehmer hat für die Durchführung der Abnahme kostenlos das erforderliche Hilfspersonal zur Verfügung zu stellen.
- 15.3 Bei Abnahme hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Dokumentation der Bestandsunterlagen zu übergeben: Alle Pläne und Planinhalte sowie weiteren Unterlagen sind nach Vorgabe durch den Auftraggeber einheitlich zu kodieren und vom Auftragnehmer als Verfasser zu unterzeichnen. Sie sind im PDF Format im Maßstab 1:50, bzw. Übersichtspläne im Maßstab 1:100 und zusätzlich dreifach im Papierform geordnet mit Inhaltsverzeichnis nach der DIN 824 zu übergeben.

Die Bestandsunterlagen müssen den tatsächlich verbauten Zustand wiedergeben.  
Bei den Bestandsunterlagen als Dokumentation sind außerdem eine Auflistung der verbauten Materialien mit Angabe des Fabrikats , Typ und gegebenenfalls Farbnummer zu ergänzen.  
Dies ist mit Produkt-Datenblättern zu hinterlegen.  
Die Schlussrechnung wird erst bei Vorliegen der Dokumentation geprüft.

#### **16. Abrechnung (§ 14 VOB/B)**

- 16.1 Zu den für die Abrechnung notwendigen Feststellungen auf der Baustelle siehe Nr. 12.
- 16.2 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu erschließen sein.
- 16.3 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.
- 16.4 Bei Abrechnungen sind Längen und Flächen mit zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Massen mit drei Stellen nach dem Komma anzugeben.

#### **17. Preisnachlässe (§§ 14 und 16 VOB/B)**

- 17.1 Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden ist.
- 17.2 Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel sowie Erstattungsbeträge bei vereinbarter Stoffpreisgleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

#### **18. Rechnungen (§§ 14 und 16 VOB/B)**

- 18.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 18.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.
- 18.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnung zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.  
Bei Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 18.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 18.5 Alle Rechnungen sind digital beim Auftraggeber (=Rechnungsempfänger) und einfach in Papierform beim für die Bauüberwachung zuständigen Ingenieurbüro inkl. aller notwendigen Rechnungsunterlagen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) einzureichen.

#### **19. Stundenlohnarbeiten (§ 2 Abs. 10, § 15 VOB/B)**

Der Auftragnehmer hat über Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3 VOB/B

- das Datum,
  - die Bezeichnung der Baustelle,
  - die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
  - die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
  - die Art der Leistung
  - die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
  - die Gerätekenngößen
- enthalten.

Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden.  
Die Originale der Stundenzettel behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

## **20. Zahlungen (§ 16 VOB/B)**

- 20.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.
- 20.2 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet.  
Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

## **21. Überzahlungen (§ 16 VOB/B)**

- 21.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 21.2 Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.  
Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen gemäß §§ 247, 288 Abs. 2 BGB und eine Pauschale gemäß § 288 Abs. 5 BGB zu zahlen.  
Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

## **22. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 18 VOB/B)**

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

## **23. Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)**

- 23.1 Sicherheit für die Vertragserfüllung ist in Höhe von 5,00 % der Brutto-Auftragssumme zu leisten, sofern die Auftragssumme höchstens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, in Höhe von 10 % , sofern die Auftragssumme mehr als 250.000 Euro beträgt.  
Stellt der Auftragnehmer die Sicherheit für die Vertragserfüllung binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss (Zugang des Auftragsschreibens) weder durch Hinterlegung noch durch Vorlage einer Bürgschaft, so ist der Auftraggeber berechtigt, Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.
- 23.2 Sicherheit für Mängelansprüche ist in Höhe von 5% der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer) zu leisten. Der Einbehalt wird bereits bei den Abschlagszahlungen ausgeführt.

## **24. Bauwesenversicherung**

Eine Bauwesenversicherung ist abgeschlossen.

## **25. Bauabfall**

Abfall aus dem Bereich des Auftragnehmers ist gemäß DIN 18299 arbeitstäglich nach Arbeitsende zu sammeln und den rechtlichen Vorschriften entsprechend zu entsorgen. Der Arbeitsbereich des Auftragnehmers ist arbeitstäglich besenrein zu säubern. Für den Fall, dass die Arbeitsbereiche des Auftragnehmers unsauber hinterlassen werden, behält sich der Auftraggeber vor, umgehend eine Reinigungsfirma zu beauftragen. Die hierbei entstehenden Kosten sind vom Auftragnehmer zu tragen und werden auf alle verursachenden Gewerke umgelegt.  
Das Formblatt Nr. 241 „Abfall“ ist zu beachten.

## **26. Abtretung, Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht**

- 26.1 Die Abtretung von Ansprüchen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber an Dritte ist ausgeschlossen.
- 26.2 Gleiches gilt für die Verpfändung.
- 26.3 Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen aufrechnen.
- 26.4 Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Auftragnehmer nur aus Gründen geltend machen, die auf demselben Vertragsverhältnis beruhen.

## **27. Urkalkulation**

- 27.1 Nach Auftragserteilung ist die Urkalkulation dem Bauherrn zur Verfügung zu stellen und ist in einem verschlossenen Umschlag mit dem Vermerk „bitte nicht Öffnen – Urkalkulation Projekt..... / Gewerk .....“: an folgende Adresse zu senden:

Studentenwerk Niederbayern / Oberpfalz  
Abteilung Bauwesen / Technik  
Albertus-Magnus-Straße 4  
93053 Regensburg

Die Urkalkulation wird bei dem Bauherrn im verschlossenen Umschlag im Tresor aufbewahrt und nur bei Bedarf geöffnet.

## **28. Schlussbestimmungen**

- 28.1 Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages sowie alle Erklärungen, die auf die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien Einfluss nehmen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine Vereinbarung, durch die dieses Formerfordernis beseitigt werden soll.
- 28.2 Architekten und Bauleiter sind nicht bevollmächtigt, Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages im Namen des Auftraggebers zu vereinbaren.
- 28.3 Sollten einzelne Vertragsbedingungen rechtsunwirksam sein, so wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen dadurch nicht berührt. Die Vertragsparteien sind in diesem Falle verpflichtet, anstelle der unwirksamen Bestimmungen eine andere Vereinbarung zu treffen, durch die der ursprünglich beabsichtigte Zweck der unwirksamen Bestimmung bestmöglich erreicht wird.
- 28.4 Gerichtsstand ist der Gerichtsstand des Auftraggebers, sofern der Auftragnehmer Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich rechtliches Sondervermögen ist.